

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispaltig. Bestellschluss 1 Mt. Aufnahme nur bei vor-
heriger Gehühreneinbarung auf Postfach 11502, Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

Die bösen Gewerkschaften sind schuld.

Der bekannte schwedische Volkswirtschaftler Cassel nimmt im „Berliner Börsen-Courier“ zu der englischen Finanzkrise Stellung. In diesem Artikel glaubt dieser Herr, den Gewerkschaften die Schuld an dem Zusammenbruch in die Schuhe schieben zu können. Dies geschieht in folgender Weise: „Während das Weltpreisniveau der letzten zwei Jahre unaufhörlich gefallen ist, haben die englischen Gewerkschaften selbst im großen ein unverändertes Lohnniveau aufrechterhalten. Dadurch wird eine Störung der natürlichen wirtschaftlichen Gleichgewichtslage bewirkt, die auf die Dauer zu ganz unhaltbaren Gegensätzen führen muß. Die nächste Folge wird eine steigende Arbeitslosigkeit sein; wenn die Regierung derselben mit wachsenden Unterstützungen der Arbeitslosen begegnet, ruiniert sie die Staatsfinanzen und setzt das Land einem wachsenden Mißtrauen aus. Gleichzeitig wird in dieser Weise eine Kaufkraft der Bevölkerung aufrechterhalten, die zu einer fortgesetzten Wareneinfuhr im großen Umfang führt. ... Das jetzt Gelebene muß eine sehr kräftige Warnung sein gegen die Fortsetzung der entarteten Unterstützungs- politik und der sozialistischen Experimente. Da die Unbeweglichkeit des englischen Lohnniveaus England an derjenigen Herabsetzung der nominalen Kaufkraft der Bevölkerung verhindert, die notwendig war, um das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz wiederherzustellen, wurde die englische Politik vor die Wahl zwischen zwei verschiedenen Programmen gestellt.“

Diese Auslassung einer Kapazität im internationalen Finanzwesen wird wahrscheinlich in allen Ländern nachgebetet werden. In dieser und ähnlicher Weise wird der Sturm auf den Lohnstandard der Arbeiter begleitet sein. Angesichts dieser Hege gegen die Arbeiter ist es an der Zeit, zu Gegenmaßnahmen zu schreiten. In Deutschland liegen die Verhältnisse ähnlich wie in England. Auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress kündigte der Kollege Seipart ein Zusammenwirken der deutschen und englischen Gewerkschaften an, wenn es sich durch den Gang der Verhältnisse erforderlich machen sollte. Uns scheint, daß dieser Augenblick durch die englische Finanzkrise gekommen ist. Die Gewerkschaften der beiden Länder müssen sich, vielleicht unter der Führung des IGB, die schwierige Lage miteinander beraten und Maßnahmen beschließen, die eine Befundung der Wirtschaft verheißt und den Lebensstandard der Arbeiterklasse zu wahren geeignet sind. Dies darf nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Es begann jenes rasche Abziehen der ausländischen Guthaben, wie wir es zuvor in Deutschland erlebt hatten. Die Bank von England hat in zwei Monaten etwa 200 Millionen Pfund oder 4 Milliarden Mark an Gold und Devisen verloren. Die Abzüge hatten in den letzten Tagen vor dem Zusammenbruch eine derartige Höhe erreicht, daß sich die englische Regierung am Sonnabend, dem 19. September, gezwungen sah, die Goldbeitragspflicht der Bank von England außer Kraft zu setzen. Das waren die Vorgänge, die zum Zusammenbruch des größten Weltzentrums geführt haben.

Die Entwicklung in den letzten Jahren hat zu eigentümlichen Zuständen geführt. Das Gold, jenes gelbe Metall, an das sich die Kulturwelt auf Gedeh und Verderb gebunden hat, hat sich an bestimmten Punkten festgesetzt. New York und Paris verfügen über zwei Drittel des gesamten Goldvorrats der Erde. Von den monetären Goldbeständen der Welt in Höhe von 51,6 Milliarden Mark besitzen USA, 20,8 Milliarden und Frank-

reich, 9,3 Milliarden. Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt ein Goldbestand in Frankreich in Höhe von 226 Mt., in USA von 170 Mt., in England von 73 Mt. und in Deutschland von 23 Mt. An diesen Zahlen kann man ersehen, wie sich die internationale Macht verschoben hat. Nicht nur die wirtschaftliche Macht, sondern auch die politische hat sich in diesen beiden Ländern konzentriert. Ein solcher Zustand ist auf die Dauer weltwirtschaftlich nicht zu ertragen. Es geht nicht an, daß zwei Länder ängstlich auf ihren Goldbeständen sitzen und die übrigen dadurch zu Sklaven gemacht werden. Würde die internationale Solidarität der Völker kein leerer Wahn sein, dann wäre diese Krise recht bald behoben. Aber ohne Konzessionen politischer und wirtschaftlicher Art werden Frankreich und die Vereinigten Staaten nicht bereit sein, auf ihre Machtposition zu verzichten.

Das Schicksal der Arbeiterklasse in Deutschland, England und vielen anderen Ländern ist jetzt erneut in Frage gestellt. Der Aufstieg aus dieser furchtbaren Lage wird sich nun um so schwieriger gestalten. Es werden Pläne erwohnt, das Pfund auf der Basis von vier Dollar gleich 16,80 Mt. zu stabilisieren. Dadurch würde eine

künstliche Schutzmauer um England errichtet und der Weltmarkt sehr gestört werden. Nach England geht ein großer Teil der Industriewaren der europäischen Exportstaaten. Durch eine Entwertung der Sterlingwährung würden diese Länder Schwierigkeiten großer Art zu überwinden haben, um ihre Handelsbilanz auszugleichen. Für Deutschland kommt noch hinzu, daß der deutsche Export in der Hauptsache in der Sterlingwährung finanziert wurde. Alle Finanztransaktionen, die in Pfund vorgenommen wurden, stehen heute mehr oder weniger ungesichert da. Die Verluste werden nicht gering sein. Man kann im Augenblick die mutmaßlichen Folgerungen der englischen Finanzkrise nur andeuten. Eines ist jedenfalls sicher: die Liquidation der Weltkrise wird wiederum auf eine längere Zeit hinausgeschoben. Das Elend der Massen diesseits wie jenseits des Ozeans wird anhalten und sich noch verschlimmern. Wir stehen vor einem furchtbaren Winter. Durch solche Katastrophen werden alle Maßnahmen, diesen Winter einigermaßen heil zu überwinden, wiederum in Frage gestellt. Es scheint fast, als ob alle Teufel losgebunden wären, damit die Menschheit nie zur Ruhe und in den Genuß eines sorgenfreien Daseins kommt. Der Kapitalismus wird durch einen scharfen Sturm geschüttelt. Leider müssen die Völker darunter entsehrlich leiden. Wann kommt endlich die Befreiung von diesen unsichtbaren Ketten?

Um das Schicksal der Arbeitslosen.

Annähernd 5 Millionen Arbeitslose werden Ende September d. J. in Deutschland gezählt werden. Im Verlauf der nächsten Monate wird diese Massenarbeitslosigkeit weiter steigen und der Winter sicherlich 6 bis 7 Millionen Arbeitslose bringen. Die Reichsregierung bemüht sich im Schweiße ihres Angesichts, einen Ausweg aus dieser schwierigen Situation zu finden, ohne den Kapitalisten dabei weh zu tun.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben am 25. September im Saale des ehemaligen Herrenhauses in Berlin eine große öffentliche Kundgebung veranstaltet, um noch einmal den verantwortlichen Stellen den Ernst der Situation vor Augen zu führen.

Als erster Redner sprach Kollege Franz Spließ über

Arbeitslosigkeit — Arbeitsbeschaffung.

Er schilderte sehr eindringlich die materielle und seelische Not der Arbeitslosen. Eine schnelle Lösung der Weltwirtschaftskrise sei nicht zu erwarten. Daher müssen alle Bemühungen darauf konzentriert werden, Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen. Die Unternehmer bezeichnen die Arbeitsbeschaffung durch den Staat als Fehlleitung, sind jedoch immer dafür zu haben, daß ihnen derselbe Staat Subventionen und große Aufträge zukommen läßt. Die Brauns-Regierung hat seinerzeit ausgesprochen, daß die derzeitige Wirtschaftslage dazu zwingt, auf Grund öffentlicher Kredite neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Trotz der Schwierigkeiten, im Augenblick Kapitalien frei zu machen, gelte es die noch gegebenen Möglichkeiten voll auszuschöpfen, um neue Arbeiten durchzuführen.

Vielfach würden vorhandene Mittel falsch eingesetzt. Eine unerträgliche Verschwendung sind die direkten und indirekten Subventionen an die Landwirtschaft. Zusammen mit den aus dem übersteigerten Zolldruck resultierenden Ueberpreisen werden der Landwirtschaft jährlich rund 3 Milliarden Mark zugewandt. Zur Stärkung der deutschen Banken und vieler Großbetriebe sind in den verfloffenen Wochen Millionen festgelegt. Dringend notwendig sei die Senkung der Rohstoffpreise und der Lebenshaltungskosten, um die Kaufkraft des deutschen Arbeiters zu stärken.

Statt dessen zerstört man die Kaufkraft des deutschen Arbeitnehmers immer mehr. Die Löhne sind im Laufe des letzten Jahres um 15 bis 18 Proz. gesunken, sehr viel härter als die Lebenshaltungskosten. Die verhängnisvolle These vom Segen des Lohnabbaues treibt uns der Katastrophe entgegen.

Der freiwillige Arbeitsdienst droht zu einer neuen Gefahr für den Arbeitsmarkt zu werden, weil von ihm ein unerträglicher Schanddruck ausgeht. Die Vorschläge des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, verlangen ernste Würdigung in allen Ländern. Wer Arbeit schaffen will, muß das internationale Vertrauen festigen helfen.

Die Einführung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche begegnet nicht unüberwindlichen wirtschaftlichen oder technischen Schwierigkeiten. Die Arbeitgeber widerlegen sich vielmehr aus politischen Gründen, weil sie fürchten, daß die allgemeine Arbeitszeitverkürzung nicht genügend Raum läßt für die von ihnen geforderte weitere erhebliche Lohnsenkung. Ist die 40-Stunden-Woche auch kein Allheilmittel, so bietet sie doch im Augenblick die einzige sich sofort auswirkende Möglichkeit, 700 000 bis 800 000 Arbeitslose wieder in die Betriebe zurückzuführen.

Am Schluß seiner Ausführungen wandte sich Kollege Spließ gegen den Lohnabbau und weitere Senkung der Reallohne. Wir müssen herauskommen aus dem Pessimismus und den Mut zum Optimismus und zur Aktivität auf allen wirtschaftlichen Gebieten haben.

Bauwirtschaft in der Krise

Ueber die

sprach Genosse Nikolaus Bernbard, der Vorsitzende des Deutschen Bauwerksbundes. Die Krise hat zum Zusammenbruch der Bauwirtschaft geführt. Die Auftragserteilung für die Bauwirtschaft könnte, weil es sich hier um eine Schlüsselindustrie handelt, trübsalträglich wirken. Zurzeit sind etwa 2 1/2 Millionen Arbeitnehmer von der katastrophalen Lage der Bauwirtschaft und ihrer verwandten Industrien und Gewerbe unmittelbar aufs schwerste betroffen. Zurzeit fehlen noch rund 600 000 Klein- und Klein-

Abgeordnetenwahl in Hamburg.

Am Sonntag, dem 27. September, fand in Groß-Hamburg die Bürgerchaftswahl statt. Die allgemeine Wirtschaftskrise und die Empörung weiter Volksteile über den brüderlichen Lohn- und Gehaltsabbau haben zu einer weiteren Stärkung der radikalen Flügelparteien auf Kosten sämtlicher anderen Parteien geführt. Nachstehend bringen wir das Wahlergebnis und zum Vergleich die Zahlen von den letzten Wahlen.

Table with 3 columns: Party Name, Citizens' Choice (Sept 1931), and Reichstag Choice (Sept 1930). Rows include Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Staatspartei, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Zentrum, and Christlich-sozialer Volksdienst.

Die Oppositionsparteien rechts und links haben im neuen Hamburger Parlament die Mehrheit. Da sie sich nicht zu einer Regierungsbildung zusammenschließen werden, bleibt trotz Neuwahl die Frage offen, wie sich das Schicksal des Freistaates Hamburg in den nächsten Jahren gestalten wird.

11. Oesterreichischer Gewerkschaftskongress.

Vor drei Jahren haben die Oesterreicher die Umwandlung der im Jahre 1882 gegründeten Gewerkschaftskommission in den Bund der freien Gewerkschaften beschlossen. Diese neue Organisation hatte nunmehr den Nachweis zu liefern, inwiefern sie sich unter den schwierigen Verhältnissen der letzten Jahre bewährt hat. Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes, der dem Gewerkschaftskongress vorlag, gibt Aufschluss über alle Versuche, die zur Verbesserung der Lage der Arbeiter unternommen wurden und über die zahlreichen Aktionen, um Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiterschaft abzuwehren.

Der Heimehrputsch hat den Oesterreichischen Arbeitern den Haß der Gegner gegen die organisierte Arbeiterschaft vor Augen geführt und ihr gezeigt, daß dauernd höchste Abwehrbereitschaft geboten ist. Die nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Arbeitslosigkeit drücken sich natürlich im Rückgang der Mitglieder aus. Dem Versuch der Unternehmer, gelbe Gewerkschaften zu gründen, ist kein großer Erfolg beschieden. In der Debatte nahm die Notwendigkeit der Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte zu größeren Organisationsgebilden sowie die Vereinigung der Gewerkschaftspresse einen großen Raum ein.

Das Referat über die wirtschaftliche und politische Lage erstattete Dr. Renner. Er wies auf die Enttarnungsgründe der gegenwärtigen Krise hin und zeigte die internationalen Ursachen auf, die auch eine internationale Bekämpfung notwendig machen. Der Internationale Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Arbeiterinternationale hätten ja auch schon einige wichtige Vorschläge, vor allem den der 40-Stunden-Woche, vorgebracht. Scharf wandte sich Dr. Renner gegen die Versuche, durch Lohnkürzungen die Krise zu bekämpfen und zeigte, daß durch solches Vorgehen die Krise nur verschärft wird. Wenn auch die Bekämpfung der Krise nur international vor sich gehen könne, so müsse man doch auch im nationalen Maßstab alles tun, um die Leiden zu lindern. Staatskontrolle und Gemeinwirtschaft seien die einzigen Mittel, der kapitalistischen Anarchie ein Ende zu bereiten.

Huppert sprach über die soziale Gesetzgebung. In diesem Zusammenhang betonte Dr. Renner die Forderungen, die in dem Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei aufgestellt wurden (siehe Pressebericht Nr. 34). Nach einer kurzen Debatte sprach Huppert über die soziale Gesetzgebung. Er wies scharf alle Angriffe auf die schwer erkämpfte soziale Gesetzgebung zurück und zeigte, daß ein Abbau der Sozialgesetzgebung die Krise keineswegs mildern, sondern im Gegenteil noch verschärfen würde.

Dann folgte eine Ehrengabe für den zurückgetretenen Vorsitzenden Hueber, der zum Ehrenvorsitzenden ernannt wurde. Außerdem wurde zu seinen Ehren die Errichtung einer Anton-Hueber-Stiftung beschlossen, aus deren Ertrag Gewerkschaften die Möglichkeit geboten werden soll, im Auslande fremde Sprachen zu erlernen, um in der Gewerkschaftsinternationale sein zu können.

Das Referat über die Arbeitslosigkeit erstattete Schorsch. Er wies daraufhin, daß es sich bei der heutigen Krise um eine Krise des kapitalistischen Systems handle, die nicht mehr mit kapitalistischen Mitteln zu bekämpfen sei. Alle Menschen müßten erkennen, daß diese Wirtschaftsordnung nicht mehr möglich ist. Aber bis das erreicht ist, müßten Maßnahmen getroffen werden, um das Ärgste Elend zu mildern. Arbeitszeitverkürzung, Verbot des Doppelverdienstes, Ausdehnung und nicht Abbau der Arbeitslosenunterstützung, das seien jetzt die notwendigsten Maßnahmen zum Schluß polemisierte Schorsch gegen die Pläne der Oesterreichischen Regierung eines weiteren Abbaues der ohnehin unzureichenden sozialen Unterstühtungen.

Nach einstimmiger Annahme der Wahlvorschläge hielt Janecel das Schlußwort, in welchem er nochmals auf die Notwendigkeit der endgültigen Liquidierung der Heimweggefahr hinwies und die Arbeiterschaft zur Kampfbereitschaft aufrief. Der neue Bundesvorstand legt sich folgendermaßen zusammen: Vorsitzender, Janecel, Stellvertreter Schorsch, König, Pic.

Entschließungen des Gewerkschaftskongresses in Frankfurt a. M.

II.

Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts.

Das kollektive Arbeitsrecht ist die der heutigen Entwicklung der Arbeiterschaft allein entsprechende Rechtsform. Sicherung und Ausbau des kollektiven Arbeitsrechts ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften, die, gestützt auf die geschlossene Macht der Arbeiterschaft, erfüllt werden muß.

Die Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes bedeutete einen großen Fortschritt für die Vereinheitlichung und die Durchführung des Arbeitsrechts. Die Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbehörden hat jedoch die berechtigten Erwartungen der Arbeiterschaft nur zum Teil erfüllt.

Der weitgehende Schutz der wirtschaftlichen Vereinigungsfreiheit im Art. 159 der Reichsverfassung hat in der Rechtsprechung keine ausreichende Anerkennung gefunden. Die Anerkennung der Tariffähigkeit der Werksvereine und der Arbeitnehmergruppe des Bommersener Landbundes bedeutet eine Verkennung des Sinnes der Vereinigungsfreiheit und der Tariffähigkeit.

Dagegen muß die Tariffähigkeit auch für wirtschaftliche Verbände gefordert werden, die nicht einzelne Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, sondern Vereinigungen zu Mitgliedern haben, sofern diese wirtschaftlichen Verbände auf Grund ihrer Satzungen Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln können.

Ebenso stellt die durch die Rechtsprechung anerkannte Zulässigkeit der Nichtzahlung des Tariflohnes wegen Verweilens der Gewerkschaftszugehörigkeit und der Entlassung wegen des Anspruchs auf Tariflohn im Ergebnis eine Einengung der verfassungsmäßig gewährleisteten Vereinigungsfreiheit dar.

Zur unbedingten Sicherung der Tarifverträge fordert der Kongress eine sofortige Ergänzung der Tarifvertragsordnung, wonach jeder Verzicht auf tarifliche Rechte unter allen Umständen als rechtsunwirksam gilt. Ferner fordert der Kongress, daß auch der nachträgliche Verzicht auf tarifliche Rechte unter allen Umständen als rechtsunwirksam gilt. Die Allgemeinverbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen ist so zu beschleunigen, daß alle Umgehungsversuche dadurch rechtlich ausgeschlossen werden.

In der grundsätzlichen Frage des Schlichtungswesens bekräftigt der Kongress erneut die Auffassung der Gewerkschaften, daß die Schlichtung eine staatspolitische Aufgabe ist und daß der von der Arbeiterschaft erstrebte soziale demokratische Staat die Pflicht hat, bei der Schaffung von Tarifverträgen Hilfe zu leisten. Die Gewerkschaften erstreben in erster Linie den Abschluß von Tarifverträgen durch freie Vereinbarungen zwischen den beiderseitigen Verbänden. Gegen den systematischen Lohnabbau mit Hilfe des Schlichtungswesens und gegen die Eingriffe in das Tarifrecht durch die Reichsregierung mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung erhebt der Kongress den schärfsten Protest. Diese Eingriffe haben sich ausnahmslos gegen die Arbeiterschaft gerichtet. Sie sind außerdem nicht mit der Notlage des Reiches zu begründen. Die Tarifverträge hätten ihren Sinn verloren, wenn sie in der Krise auf Grund gesetzlicher Eingriffe nicht weitergelten sollen.

Mit Nachdruck fordert der Kongress den Ausbau des Arbeitsrechts. Die Vereinheitlichung des Arbeitsvertragsrechtes und die Erweiterung des Arbeitszugeses muß endlich mit dem ernststen Willen baldiger gesetzlicher Neuregelung in Angriff genommen werden.

Im Berufsausbildungsgebiet ist der Vorrang des Tarifvertrages einseitig sicherzustellen und die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Regelung der Berufsausbildung zu gewährleisten.

Weiter fordert der Kongress erneut den gesetzlichen Urlaubsanspruch von mindestens zwölf Tagen für die erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen und mindestens achtzehn Tagen für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter Weiterzahlung des Lohnes. Er fordert ferner den gelegentlichen Urlaubsanspruch

von 14 Tagen für alle Arbeiter unter Weiterzahlung des Lohnes. Dabei ist durch Einbeziehung der Mitwirkung der Gewerkschaften Vorzuziehen zu treffen, daß dieser Rechtsanspruch unabhängig von einem Wechsel des Arbeitsverhältnisses gegeben ist.

Der Kongress spricht den Betriebsräten erneut den Dank der Arbeiterschaft aus. Unter schwierigen Verhältnissen haben sie im Interesse der Arbeiterschaft selbstlos und mit Erfolg ihre Pflicht getan. Die Gewerkschaften werden sich auch weiterhin mit aller Kraft für den Ausbau des Mitbestimmungsrechtes und für weitgehende Sicherung der Betriebsvertretungsmittel einsetzen.

Arbeitsbeschaffung.

Der internationale Charakter der heutigen Krise erschwert ihre Bekämpfung im Rahmen einer einzelnen Volkswirtschaft. Deshalb muß eine großzügige internationale Arbeitsbeschaffung auf der Grundlage einer internationalen Kreditvereinbarung angestrebt werden.

Der Kongress beauftragt daher den Bundesvorstand, die in dieser Richtung unternommenen Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes tatkräftig zu unterstützen.

Beschlagnahme des Arbeitslohnes.

Der Gewerkschaftskongress in Frankfurt am Main beschließt: Der Bundesvorstand soll die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ersuchen, dahin zu wirken, daß die ergänzende Verordnung vom 27. Februar 1928 (RGBl. I 45) zum Gesetz, betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnes, über den 31. Dezember 1931 in Kraft bleibt.

Der Gewerkschaftskongress hält den pfandfreien Betrag von 45 Mk. in der Woche als die gegebene Grenze.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Breslau. Am 23. September beschäftigte sich eine Branchenversammlung der Lederwarenindustrie mit dem loebden neu abgeschlossenen Mantelvertrag für die Provinz Schlesien.

Nach dem Bericht des Gauleiters, dem Kollegen Gehring, werden unsere Kollegen in Zukunft schon nach halbjähriger Arbeitslosigkeit ihre alten Rechte aus dem früheren Arbeitsverhältnis verlieren, während sie bisher ein volles Jahr gesichert blieben. Im übrigen bringt der neue Vertrag für Breslau keine Nachteile.

In der Aussprache wurde scharf kritisiert, daß trotz riesiger Erwerbslosigkeit in der Kofferbranche, der Staat in seinen Strafanstalten Betriebe dulde und fördere, die durch den Einfluß eines großen und billigen Produktionsapparates die freien Arbeiter empfindlich schädige, ohne den Gefangenen je späteres Fortkommen zu erleichtern; denn es sei ausgeschlossen, daß in absehbarer Zeit die Erwerbslosigkeit in der Kofferbranche sich wesentlich lense. Der geringe Verdienst der Gefangenen und die damit verbundene finanzielle Entlastung des Staates stehe in keinem Verhältnis zu den Summen, die auf der anderen Seite für die Unterstühtung der erwerbslos gewordenen Arbeiter ausgezahlt werden müßten. Das überaus billige Angebot der in Frage kommenden Firmen vererbe obendrein die Preise am Absatzmarkt und gefährde damit auch den Bestand unserer Tarifverträge, wie die Begründung der Arbeitgeber anlässlich der Kündigung des Mantelvertrages beweiße. Alle verfügbaren und erfolgversprechenden Mittel müßten darum eingesetzt werden, um dem Uebel zu steuern.

Eine lebhaftige Debatte verwaltungstechnischer Art brachte durch das vermittelnde Eingreifen des Gauleiters die notwendige Klärung.

Entrüstung stammte auf, als berichtet wurde, wie der Arbeitgeber Kenjan einen 24jährigen, körperlich stark behinderten Kollegen mißhandelte. Besch und Bildung sind eben verschiedene Begriffe und die Nerven dieser streitbaren Männer vertragen eigenartigerweise immer erst nach gewissenhafter Prüfung, ob das auch ohne Gefährdung der eigenen Sicherheit geschehen kann. Die Disziplinierung wird der Sache nachgehen und ist somit das letzte Wort hierzu noch nicht gesprochen.

Nach Bekanntgabe einiger wichtiger Mitteilungen wurde die Versammlung vom Kollegen Daum geschlossen. A. K e m m.

Der Bauführer Wieske sollte ein großes Gebäude auführen. Als das Kriegergebäude ein paar Tage stand, brachte es mit gewaltigem Lärm und unter großem Staubaufwirbeln zusammen. Als die Kommission kam und sich das Trümmerfeld beschauten, schüttelten die Herren die Köpfe und sagten zu dem Bauführer Wieske:

„Na, herr, seien Sie mal ehrlich: Sie sind gar kein Bauführer, Sie sind — Wirtschaftsführer, wie?“ „Der Wahre Jacob“.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Finnland. — Die Auflösung des Finnischen Gewerkschaftsbundes. Die Auflösung des finnischen Gewerkschaftsbundes (Suomen Ammattijärjestö) ist nunmehr durch einen Urteilspruch des Stadtgerichtes von Helsinki bestätigt worden. Wie erinnerlich, war die Auflösung des Gewerkschaftsbundes und der ihm angeschlossenen Organisationen im Herbst 1930 auf Anweisung des finnischen Generalstaatsanwalts erfolgt, da diese Organisationen der kommunistischen Propaganda dienten. Die Zahl der aufgeschlossenen Sektionen des Gewerkschaftsbundes dürfte 1000 übersteigen. Jedoch bleibt Finnland durch diese Auflösung nicht ohne eine starke Gewerkschaftsbewegung, da die Verbände gemäßigter Richtung sich bereits zu einer neuen Spitzenorganisation zusammengeschlossen haben, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehört.

Emil Dittmer 25 Jahre Redakteur. Am 1. Oktober dieses Jahres konnte der Genosse Emil Dittmer, der Redakteur der „Gewerkschaft“, Organ des Gesamtverbandes, auf eine 25jährige Redaktionsstätigkeit zurückblicken. Von Beruf Buchdrucker wurde er am 1. Oktober 1906 vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit der Leitung der Redaktion der „Gewerkschaft“ betraut. Genosse Dittmer hat in seiner langen Tätigkeit immer die Interessen seiner Organisation nach besten Kräften wahrgenommen und besonders auf dem Gebiet des Bildungswesens Vorbildliches geleistet. Auch politisch hat er jederzeit seinen Mann gestanden. Seit ein Jahrzehnt übt er die Tätigkeit als ehrenamtlicher Stadtrat in einem Bezirk Groß-Berlins aus. Möge es dem Jubililar vererbt sein, noch recht lange im Dienst seiner Organisation zu wirken.

Eine gute Nachricht!

In der gegenwärtigen Zeit, in der die meisten Institutionen der deutschen Arbeiterschaft um ihre Erhaltung ringen, in der besonders die kulturellen Einrichtungen ernstlich gefährdet sind, mußten die auf dem letzten Vertretertag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker erfolgten Mitteilungen über den Stand der von dieser Organisation gegründeten Büchergilde Gutenberg einigermassen Aufsehen erregen. Die Büchergilde Gutenberg, die vor sieben Jahren ins Leben gerufen und in diesen letzten Jahren ihres Bestehens vor immer neue wirtschaftliche Schwierigkeiten gestellt wurde, konnte in den letzten drei Jahren ihren Mitgliederstand nahezu verdoppeln. Die Krise war nicht imstande, das organisatorische Gefüge der Büchergilde Gutenberg ernstlich zu erschüttern. Bei einem Mitgliederstand von 75 000 will es wenig befremden, wenn etwa 2000 Mitglieder infolge Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit abspringen. Diese gute Nachricht ist der beste Beweis für die solide Arbeit, die von der Büchergilde Gutenberg in der vergangenen Zeit getan wurde. Was die Büchergilde in bezug auf die Erweiterung ihres literarischen Programms und auf die vorbildliche Ausstattung ihrer Bücher trotz der niedrigsten Preisgestaltung geleistet hat, das sind die besten Garantien für die Erhaltung und den Ausbau der Büchergilde in Gegenwart und Zukunft.

Wer zu den Mitgliedern der Büchergilde Gutenberg zählt, wird nach kurzer Zeit zu einem eifrigen Werber für diese Gemeinschaft wertvoller Buchleser. Bei jeder Gelegenheit, sei es bei Zusammenkünften und literarischen Abenden oder im dreifachen Verkehr zwischen Mitglied und Leitung, kommt die begeisterte Zustimmung zur buchhändlerischen und zur literarischen Leistung der Gilde zum Ausdruck. 130 Bände sind es jetzt, die den Mitgliedern der Büchergilde Gutenberg zur freien Buchwahl offenstehen. Und diese 130 Bände, zu denen in jedem Vierteljahr neue Bücher kommen, umfassen bereits ein Programm von internationaler Basis. Neben Autoren wie Upton Sinclair, Jack London, B. Traven, Ibanex, stehen die besten Namen der proletarischen Dichtung, wie Martin Andersen Nexö, Ernst Precang, Max Barthel, die Vertreter der jüngsten russischen Literatur und Skandinaviers.

Jedes Mitglied, das ein Eintrittsgeld von 75 Pf. und einen Monatsbeitrag von 1 Mk. entrichtet, hat pro Quartal die freie Auswahl unter den jeweiligen Neuerscheinungen oder unter den bisher erschienenen Büchern. Außerdem erhalten die Mitglieder gratis eine reich illustrierte Monatszeitschrift. Den Leistungen der Mitglieder stehen die Leistungen der Büchergilde gegenüber, und diese haben sich die ungeheuerliche Anerkennung aller Bücherfreunde erworben.

Vertrauensleute der Büchergilde Gutenberg, die gern weitere Auskunft erteilen und Anmeldungen entgegennehmen, sind in allen Orten vorhanden. Nähere Auskunft erteilen auch die Zentrale der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibrunnstraße 5, und die Abteilung Büchergilde bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin E 14, Inselstraße 6a.

Rundschau

Gegner der Parteienheit. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat die Reichstagsabgeordneten Rosenfeld und Seppewitz aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen. Das Einschreiten der Partei erfolgte, als unkontrolliert und unkontrollierbar von den von der Partei gewählten Instanzen die Marxistische Büchergemeinde ins Leben gerufen wurde, die neben der Herausgabe von Büchern und Zeitschriften auch die Veranstaltung von Vorträgen schriftlich als ihre Aufgabe erklärt hat. Wie die bürgerliche Presse mitteilt, tragen sich die Ausgeschlossenen mit der Absicht, eine neue Partei zu gründen. Das Vorgehen der Rosenfeld, Seppewitz und ihrer Anhänger ist scharf zu beurteilen. In der gegenwärtigen Situation in Deutschland kann kein höheres Gebot als das der unbedingten Unterlassung aller Handlungen, die die Parteienheit gefährden könnten, Geltung haben.

Entlassungen bei Ford. Zum 1. August 1931 haben die Ford'schen Unternehmen „Rouge River“ 75 000 Arbeiter entlassen. Auf diese Weise sind 11 Kon-



Das ist der nationale Mann

der 250 Millionen verpulverte, Zahn-tausende von Arbeitern um ihre Existenz brachte und märchenhaften Luxus trieb — Gustav Karl Lahusen, bisher General-direktor der Nordwolle. In der soeben erschienenen 10-Pfennig-Broschüre „Das Panama der Nordwolle“ werden sensationelle und zum Teil noch völlig unbekannt Tatsachen über diesen größten Schwindel des 20. Jahrhunderts veröffentlicht.

struktionsgruppen stillgelegt, doch blieben 36 weitere in anderen Teilen des Landes im Betrieb. Die Ford'schen Unternehmen hatten bereits kurz vorher 20 000 Arbeiter entlassen.

Die Heimkehrung von Ausländern. Das Einwanderungsamt hatte am 16. Februar 1931 mitgeteilt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten auf eigene Kosten jeden Ausländer heim-schaffen würde, der nach einem Aufenthalt von weniger als drei Jahren in den Vereinigten Staaten aus irgendeinem Grunde der Wohnsitz zur Last zu fallen gezwungen ist.

Wie der Foreign Language Information Service mitteilt, sind bis zum 30. Juni auf Grund dieser Neuordnung 541 Ausländer ausgewiesen worden. Im Monat Juni allein sind 210 Personen auf Grund dieser Vorchrift heimgeschafft worden.

Internationaler Arbeiter-Junk-Tag. Auf dem im Jahre 1930 in Prag abgehaltenen internationalen Arbeiter-Radio-Kongreß wurde u. a. beschlossen, von Zeit zu Zeit einen internationalen Programmaustausch der Arbeiter-Radio-Organisationen stattfinden zu lassen. Der erste Austausch wird am 11. Oktober von 2 bis 3.10 Uhr nachmittags (mitteleuropäische Zeit) stattfinden. Die Teilnehmer sind der Arbeiter-Radio-Verein Hollands (Hilbersum 298 Meter) und Deutschlands (Berlin 419 Meter). Das Programm Hollands dauert von 2 bis 2.30 Uhr, dasjenige Deutschlands von 2.40 bis 3.10 Uhr. Es umfaßt musikalische Vorträge, Deklamationen und verschiedene Ansprachen.

Bücherschau

Ein Puffer im Kampfe will der vom 1. Oktober wöchentlich erscheinende „Alarm“ auch der freien Gewerkschaftsbewegung sein. In einer ansehnlichen, reich illustrierten, mit gutem Unterhaltungsreiz versehenen Probenummer, die zum Verlag Alarm, Berlin SW 38, Reinshagenstr. 37, unentgeltlich den Gewerkschaftslogen auf Anforderung zugestellt wird, nehmen u. a. Kurt Heilig, Georg Schmidt, Hans Böcker, Eugen Prager, Robert Leffschäfer und von der Arbeiterjugend Erich Schmidt, der i. Vorsteher der Groß-Berliner Organisationen, neben Paul Löbe, Otto Höring, Anton Erteleng, Edmund v. Gerlach u. a. das Wort. Man kann Kurt Heilig zustimmen, wenn er schreibt: „Wir brauchen dringend ein einflussreiches und beachtliches Wochenblatt gegen die Feinde der Republik. Deswegen ist die Umstellung des „Alarm“ auf ein Wochenblatt nicht nur tadellos, sondern auch notwendig. Das Eugen Prager in seinem Aufsatz „Kritik auf den Frankfurter Gewerkschaftskongreß“ sagt, ist beachtenswert. Georg Schmidt begrüßt den Aufruf zum „Alarm“ gegen den geschäftigen Kampf der Republikfeinde, den man am besten in den Landeshöfen lennenne. Es wird auch die Aufgabe der Gewerkschaftslogen sein, den tapferen „Alarm“, der nach Höring's Ansicht den Kampf mit vorbildlicher Energie führt, durch fortwährende Ausgabe von Abonnements für Oktober — 64 Pfennig für fünf Nummern einloht. Selbstgedruckt — zu unterstützen. Das Blatt wird uns in unserem nächsten Gewerkschaftskampfe gute Dienste leisten können.

Naturfreunde-Waldkalender 1932. Das Wandern vermittelt die Freude an den herrlichen Seiten der Natur, ihre Schönheit und Größe, ist eine Wanderlust in unserem Alltag und ein reicher Quell aller Freude. Dieser Kalender aus alten Waldern des jenseitigen, von der Reichleitung der Naturfreunde herausgegebenen Naturfreunde-Waldkalenders für 1932. In schmuckem Gewande liegt er mit 64 Kunstbräu-Bildern vor uns.

Daß die Naturfreundebewegung die Förderung aller Arbeiter und Arbeiterorganisationen wegen ihrer segensreichen Tätigkeit erfahren sollte, beweisen erneut die Bilder des schönen Naturfreunde-Kalenders, der zum Preis von 1,50 Mk. von allen Naturfreunde-Ortsgruppen und Volksbuchhandlungen zu beziehen ist. Der Naturfreunde-Verlag Nürnberg W, Säubers-bühlstraße 5, liefert gegen Vorkaufsendung von 1,50 Mk. zugunlich 0,80 Mk. Postgeb.

Das Naturfreunde-Jahrbuch 1932 ist im gleichen Verlag erschienen als Taschenrechner für alle Arbeiter-Wandere. Mithin einem Kalenderium enthält es wertvolle Aufsätze zum Orientieren in unbekanntem Gelände. Die Nummern 1 bis 5 des Jahres, das die Seiten Bergführer, der Gesellschaft, die und Sonderzüge und weiteres wissenschaftliche Material. Dem schließen sich an die wichtigen Adressen der Arbeiterorganisa-tionen. Das gut in kleinen gebundene Taschenbuch ist je dem Arbeiter und Angestellten, der seine Freizeit gerne in der Natur verbringt, warmstens zu empfehlen. Der Preis beträgt 1 Mk. Bezug durch alle Naturfreunde-Orts-gruppen und Volksbuchhandlungen. Der Naturfreunde-Verlag Nürnberg W, Säubersbühlstr. 5, liefert gegen Vorkaufsendung des Betrages zugunlich 0,15 Mk. Postgeb.

Kleber mit dem Fackelmann! Die satirische Zeitschrift „Die Zeuchratete“ bringt im Oktoberheft unter diesem Titel eine vor-schläge Zeichnung ihres hervorragenden Mitarbeiter, der damit die letzten politischen Ereignisse in humorvoller Form sehr lebhaft charakterisiert. Weiter bringt das Heft satirische Zeichnungen, wie: „Berwandlungsballen eines Mannes“, „Weniger Völkerverdrängung“, „Reiche Erde“, „Eräumer“, „Gleiche Laffen“ usw. Daneben viele gute satirische Beiträge: „Der Oberholprühler“, „Briele an einem Abgeordneten“, „Das Wunder-ABC“, „Die Friedensstunde Glode“ usw. — In der dies-seligen Beilage: „Licht über's Land“ werden Bilder aus der Arbeiterbewegung veranschaulicht, und ein geschichtlicher Aufsatz erzählt über die Abschaffung von Arbeitslosen. — „Die Zeuchratete“ beweist mit jedem Heft, daß die satirische Zeitschrift eine der besten Waffen im politischen Kampfe ist, weshalb der Bezug dieser vorzüglichen Kampfschrift sehr empfohlen werden kann. Der Preis ist: Einzelheft 30 Groschen (20 Pfennig), Probeblätter versendet auf Wunsch die Verwaltung „Die Zeuchratete“, Wien IV, Rittergasse 3a.

Verbandsnachrichten
(Besannmachungen des Vorstandes und der Orts-verwaltungen)

Vom 5. Oktober bis 11. Oktober ist der 41. Wochen-beitrag fällig. Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Unterstützungsschwindler unterwegs. Wie uns mitgeteilt wird, versucht ein Schwindler Unterstühtungen zu erlangen. Er hat ein Schreiben, aus dem zu ersehen ist, daß er sein Ortsstatistebuch Nr. 893, lautend auf den Namen Eugen Wegl, angeblich verloren hat. Der Mann ist nie bei uns Mitglied gewesen, und hat nicht nur Ortsstatistiker unseres Verbandes, sondern auch anderer Organisationen betrogen. Wir haben wiederholt darauf verwiesen, daß auf derartige Schwindeltaten hin auf keinen Fall Unterstühtungen gewährt werden dürfen. Gehehrt es doch, so geht das zu Lasten der betreffenden Ortsstatistebuch des Ortsstatistikers. Wo der Schwindler auftaucht, ist er der Polizei zu übergeben.
Der Hauptvorstand.

Verjammlungskalender

- Öbbed.** Mitgliederversammlung am Freitag, dem 9. Oktober 1931, abends 8 Uhr, Gewerkschaftshaus. Da wichtige Tagesordnung, ist das Erscheinen aller Kollegen erforderlich.
- Wuppertal, Elberfeld-Darmen-Dehmitel.** Freitag, den 16. Oktober 1931, abends 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus (roter Saal), Wuppertal. Vortrag des Genossen Agnew über das Thema: „Jahresplan in Rückblick“. Abrechnung vom 3. Quartal. Verschiedenes. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.